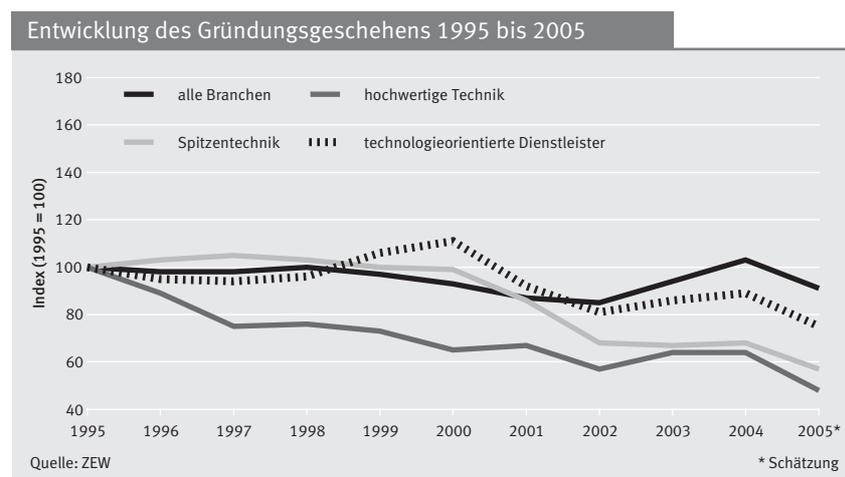


Anzahl der Hightech-Gründungen sinkt

Die Anzahl der Unternehmensgründungen im Hightech-Sektor in Deutschland geht zurück. Im Jahr 2005 sank sie um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und erreichte damit einen neuen Tiefpunkt. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Analyse, die das ZEW im Auftrag der Zeitschrift *Impulse* und *Microsoft Deutschland* durchgeführt hat. Eine Befragung von 1.000 Hightech-Gründern im Rahmen der Studie hat zudem ergeben, dass der Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten und an qualifiziertem Personal zu den bedeutendsten Hemmnissen für die Entwicklung junger Hightech-Unternehmen gehören.



Die Gründungszahlen in den technologieintensiven Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes sind seit einigen Jahren rückläufig. Bei den technologieorientierten Dienstleistungen, insbesondere in der Softwareindustrie, sind Ende der 1990er Jahre die Gründungszahlen rapide gestiegen; nach Ende des IT-Booms folgte jedoch ein ebenso steiler Absturz. In allen technologie- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen hat sich der Abwärtstrend der Gründungszahlen im Jahr 2005 beschleunigt. Mit Ausnahme der Softwareindustrie lag die Gründungstätigkeit im vergangenen Jahr in allen Hightech-Branchen deutlich unter dem Niveau von 1995. Besonders dramatisch ist der Rückgang in der hoch-

wertigen Technik, wo sich das Gründungsaufkommen seit dem Jahr 1995 halbiert hat.

Damit hebt sich die Entwicklung der Gründungszahlen in den technologie- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen deutlich von der Entwicklung der allgemeinen Gründungstätigkeit ab. Hier sind – angetrieben durch die verstärkte Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und durch die Reform der Handwerksordnung – in den vergangenen Jahren die Gründungszahlen gestiegen. Diese Impulse sind im Jahr 2005 nicht mehr zu spüren, sodass bei den Gründungen insgesamt ein deutliches Minus festzustellen ist. Der Anteil der Gründungen in den technologie- und

wissensintensiven Wirtschaftszweigen am gesamten Gründungsgeschehen ist in den vergangenen zehn Jahren von 8,3 auf 6,5 Prozent zurückgegangen.

Verantwortlich für den rückläufigen Trend bei den Hightech-Gründungen sind zu einem wesentlichen Teil die Bedingungen auf den spezifischen Faktormärkten für Arbeit und Kapital. So beeinträchtigt der Mangel an akademisch gebildeten Fachkräften mit technisch-naturwissenschaftlicher Ausrichtung das Gründungsgeschehen, indem er den Kreis der potenziellen Gründer innovativer Unternehmen verkleinert. Wie die Umfrage unter Hightech-Gründern zeigt, besitzt in knapp 70 Prozent der Gründungen mindestens ein Gründungsmitglied einen Hochschulabschluss; knapp 60 Prozent der Gründer verfügen vorwiegend über Kenntnisse aus dem technischen Bereich.

Daneben hat dieser Mangel zur Folge, dass die vorhandenen naturwissenschaftlich-technisch ausgebildeten Akademiker günstige Bedingungen am Arbeitsmarkt vorfinden, die den Anreiz

IN DIESER AUSGABE

Anzahl der Hightech-Gründungen sinkt . . .	1
Mit Emissionshandel Kioto-Ziele erreichen . . .	2
Finanzverfassung erschwert den Zusammenschluss von Bundesländern . . .	3
Junge mittelständische Unternehmen für Forschung auf Eigenkapital angewiesen . . .	4
Dienstleister: Hohe Aktivität bei internationalen Geschäftsbeziehungen . . .	5
Weltkonferenz der Umweltökonominnen . . .	6
ZEW-Wirtschaftsforum	7
ZEW intern	2, 5
Termine, Neuerscheinungen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

senken, ein Unternehmen zu gründen. Das trifft auch auf Wissenschaftler in Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen zu, die in fast 20 Prozent der Hightech-Unternehmen einen Gründer stellen. Diese Unternehmen führen zu einem deutlich höheren Anteil FuE durch als Hightech-Gründungen im allgemeinen (80 gegenüber 57 Prozent) und sind in Bezug auf die technologische

Leistungsfähigkeit der Wirtschaft als besonders wichtig einzustufen.

Darüber hinaus beeinträchtigt der Fachkräftemangel die Entwicklungschancen existierender Unternehmen. In der Befragung junger Hightech-Gründer wird oft der Weggang wichtiger Mitarbeiter befürchtet. Zudem ist der Mangel an qualifiziertem Personal das mit am weitesten verbreitete Hemmnis für die Unterneh-

mententwicklung. Noch häufiger nennen die Unternehmensgründer mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten als Hemmnis. Trotz aller Schwierigkeiten schätzt der ganz überwiegende Teil der Hightech-Gründer die Perspektiven für die weitere Unternehmensentwicklung positiv ein: So rechnen drei Viertel mit einer Verbesserung in den nächsten drei Jahren.

Dr. Michaela Niefert, niefert@zew.de

Mit Emissionshandel die Kioto-Ziele erreichen

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) führe nicht zu einer signifikanten Verschlechterung der Wettbewerbssituation der Unternehmen, die an ihm teilnehmen müssen. Auch ein erheblicher Verlust von Arbeitsplätzen sei nicht zu erwarten. Im Vergleich zu anderen Instrumenten, die der Politik zur Verminderung von Treibhausgasemissionen zur Verfügung stehen, erweise sich das ETS als die unter Kostengesichtspunkten effizienteste Methode, um die Emissionsreduktionsziele zu erreichen, auf die sich die Europäische Union im Kioto-Protokoll verpflichtet hat. Zu diesem Ergebnis kommt eine eingehende Betrachtung bereits vorliegender Studien zu den Effekten des ETS, die das ZEW im Auftrag des World Wide Fund for Nature (WWF) durchgeführt hat.

Die Literaturstudie des ZEW analysiert 15 Gutachten, die die Wirkungen des Emissionshandels sowohl im Vergleich zu einer Politik des Nichthandelns als auch im Vergleich zu Szenarien ohne Handel untersuchen (mit anderen umweltpolitischen Instrumenten). Politisch sind vor allem letztere relevant. Denn im Kioto-Protokoll hat sich die EU dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen von 2008 bis 2012 um acht Prozent zu senken. Dabei muss auf staatliche Regulierungsmaßnahmen wie Ge- oder Verbote oder auf steuerliche Maßnahmen, etwa eine Ökosteuer, zurückgegriffen werden. Im Vergleich zu diesen Maßnahmen, das zeigen die betrachteten Studien, ist der zwischenstaatliche Handel mit Emissionsrechten in der EU auf jeden Fall kostengünstiger und vom ökonomischen Standpunkt aus die beste Option.

Die vom ZEW betrachteten Studien weisen darauf hin, dass das ETS als ein

marktbasierter Regulierungsmechanismus den Unternehmen größere Flexibilität gibt als andere Maßnahmen. Außerdem können vom Handel mit Emissionszertifikaten im Rahmen des ETS Anreize für Innovationen ausgehen, da jede Einsparung an Emissionen sich in Zertifikaten niederschlägt, die das Unternehmen nicht mehr benötigt, und somit an andere verkaufen kann. Generell zeigen die vom ZEW betrachteten Studien, dass die Einführung des ETS keinen deutlichen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bei den teilnehmenden Unternehmen in Europa zur Folge hat, wie insbesondere die Industrie befürchtet hatte. In einer Gesamtbilanz über alle beteiligten Branchen sei daher bisher auch kein deutlicher Verlust an Arbeitsplätzen durch das ETS festzustellen. Das ETS sei somit mitnichten der „Job-Killer“, als der er von einigen bezeichnet wurde.

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de

ZEW INTERN

Auszeichnung für Thomas Zwick

PD Dr. Thomas Zwick, Senior Researcher im ZEW-Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung, ist auf der Pflingsttagung des Verbands der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft (VHB) in Dresden am 10. Juni 2006 für sein Papier „Produktivitätswirkungen von betrieblicher Weiter-



PD Dr. Thomas Zwick

bildung“ der Ernst & Young Best Conference Paper Award verliehen worden.

Zwick zeigt in seinem Papier, welche Weiterbildungsarten einen positiven Effekt auf die Produktivität von Betrieben haben. Insbesondere untersucht er die Rolle von Betriebsräten beim Angebot und bei der Effektivität unterschiedlicher betrieblicher Weiterbildungsarten. Es zeigt sich, dass Betriebsräte, die Produktivitätswirkung vor allem der teuren internen und externen Kurse erhöhen.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Finanzverfassung erschwert den Zusammenschluss von Bundesländern

In der Debatte um die Reform des deutschen Föderalismus wird häufig gefordert, das Bundesgebiet neu zu gliedern. Von der Fusion kleinerer Bundesländer versprechen sich Befürworter unter anderem Kosteneinsparungen aufgrund höherer administrativer Effizienz. Eine gemeinsame Studie des ZEW und des ifo Instituts untersucht die Auswirkungen einer hypothetischen Fusion der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg im Kontext der deutschen föderalen Finanzverfassung. Die Analyse zeigt, dass sie Länderfusionen erschwert. Durch die Bildung eines Nordstaats würden in den betroffenen Ländern die Transfers aus dem Länderfinanzausgleich um 1.063,1 Millionen Euro beziehungsweise 7,5 Prozent des Budgets sinken.

Empirische Untersuchungen gehen davon aus, dass bei der Bereitstellung öffentlicher Güter positive Größeneffekte anfallen. Insbesondere beim Zusammenschluss kleinerer Bundesländer sollten sich daher beträchtliche Kosteneinsparpotenziale realisieren lassen.

Neugliederung des Bundesgebiets

Artikel 29 des Grundgesetzes sieht die Möglichkeit einer Neugliederung des Bundesgebiets explizit vor, „um zu gewährleisten, dass die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können“. Die Vorteilhaftigkeit einer Länderfusion hängt jedoch aufgrund des komplexen Finanzföderalismus in Deutschland nicht ausschließlich von möglichen Einsparpotenzialen ab. Die Verflechtung der deutschen Gebietskörperschaften im Rahmen der Gemeinschaftssteuern und des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs führt dazu, dass eine Länderfusion auch erhebliche Umverteilungseffekte mit sich brächte. Die Tabelle verdeutlicht die Auswirkungen einer hypothetischen Fusion von Schleswig-Holstein und Hamburg auf die Transfers im Rahmen des Finanzausgleichs im weiteren Sinne (Stand 2005).

Demnach würde das fusionierte Land im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung 2.856,3 Millionen Euro erhalten, gegenüber den 3.046,0 Millionen Euro, die beide Länder zusammen im gegenwärtigen System erzielen. Zudem würde das

Land Transfers in den horizontalen Finanzausgleich von 973,1 Millionen Euro zu leisten haben, während im derzeitigen Status Quo Schleswig-Holstein 145,4 Millionen Euro erhält und Hamburg 377,1 Millionen Euro leistet.

fers in Höhe von 1.063,1 Millionen Euro. Dies entspricht bezogen auf das Budget der beiden Bundesländer einem Anteil von 7,5 Prozent. Geht man davon aus, dass durch eine Fusion Kosten in Höhe von etwa 4 Prozent des Budgets eingespart werden, so wird deutlich, dass ein möglicher Zusammenschluss aus Sicht der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zu finanziellen Einbußen führen würde.

Es bleibt also festzuhalten, dass die föderale Finanzverfassung trotz beträchtlicher Kosteneinsparpotenziale den Zusammenschluss von Bundesländern erschwert. Durch die Bildung eines

Finanzausgleichszahlungen vor und nach Fusion (in Millionen Euro)

Land	USt Anteil		LFA-Transfers		BEZ § 11 (2)		BEZ § 11 (4)		Saldo (9)
	vor Fusion (1)	nach Fusion (2)	vor Fusion (3)	nach Fusion (4)	vor Fusion (5)	nach Fusion (6)	vor Fusion (7)	nach Fusion (8)	
Schleswig-Holstein	1.963,1		145,4		78,9		53,2		
Hamburg	1.082,9		-377,1		-		-		
Summe	3.046,0		-231,7		78,9		53,2		
Nordstaat		2.856,3		-973,1		0,0		-	-1.063,1
übr. Bundesländer	59.620	59.809,7	231,7	973,1	2.479,3	2.592,4	460,9	460,9	1.044,1

Quelle: ZEW-Berechnungen

Weitere Ausfälle ergeben sich bei den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ). Im gegenwärtigen System erhält Schleswig-Holstein so genannte Fehlbeitrags-BEZ von 78,9 Millionen Euro, die nach der Fusion entfallen würden. Schließlich erhält Schleswig-Holstein gegenwärtig noch BEZ in Höhe von 53,2 Millionen Euro zum Ausgleich der Kosten der politischen Führung nach § 11 (4), die den kleineren Ländern gewährt werden. Da Hamburg keine solchen Zuweisungen erhält, ist davon auszugehen, dass auch dieser Betrag entfallen würde.

Netto-Transfers sinken stark

In der Summe ergibt sich daher ein jährlicher Minderbetrag an Netto-Trans-

Nordstaats würden sich jedoch auch Vorteile für die übrigen Bundesländer ergeben, die über die höheren Transfers hinausgehen, wie beispielsweise der Wegfall von Reibungsverlusten in der Steuerverwaltung der Gemeinschaftssteuern. Daher wäre eine Kompensation für höhere Abflüsse in den Finanzausgleich denkbar. So könnten beispielsweise die anderen Bundesländer auf Zugewinne im Rahmen des Finanzausgleichs zugunsten des fusionierten Bundeslandes verzichten. Eigentlich ist aber eine Reform des Finanzausgleichs erforderlich, die die paradoxe Situation beseitigt, dass für den Föderalismus hinderliche Strukturen vom Finanzausgleich subventioniert werden.

Sebastian Hauptmeier, hauptmeier@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Junge mittelständische Unternehmen für Forschung auf Eigenkapital angewiesen

Das ZEW untersucht in einer neuen Studie gemeinsam mit der KfW Bankengruppe die Bedeutung von Eigenkapital für die Forschungsaktivitäten von mittelständischen Unternehmen. Die Studie zeigt, dass junge Unternehmen mit einer hohen Forschungsintensität besonders auf eine gute Eigenkapitalausstattung angewiesen sind. Ältere Unternehmen sind nicht durch die Verfügbarkeit von Eigenkapital in ihrer Forschungstätigkeit beschränkt, da sie über die Jahre hinweg Gewinne akkumulieren konnten.

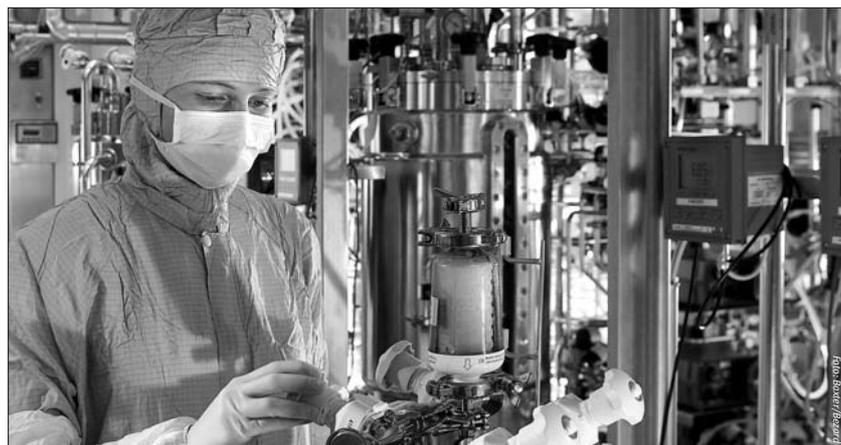
Obwohl große Unternehmen den Hauptanteil an den gesamten Forschungsausgaben aufbringen, ist die Bedeutung von kleinen und mittleren Unternehmen im Innovationssystem nicht zu vernachlässigen. Im Jahr 2004 haben Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten 12,5 Prozent der Forschungsausgaben des privaten Sektors bestritten.

Kreditfinanzierung schwierig

Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-014) analysiert, ob die Eigenkapitalausstattung von kleinen und mittleren Unternehmen eine Beschränkung für deren Forschungsaktivitäten darstellt. Eigenkapital ist für die Finanzierung von Forschungsprojekten wichtig, da Banken aufgrund des höheren Risikos von Forschungsprojekten mit einer Kreditfinanzierung häufig zurückhaltend sind. Unabhängig von der Kreditverwendung ist es für junge Unternehmen schwieriger, einen Bankkredit zu erhalten, da ihr Ausfallrisiko höher ist und sie noch keine langfristige Bankbeziehung etablieren konnten. Die Studie untersucht deshalb die Bedeutung von Eigenkapital für junge und alte Unternehmen. Dabei gilt ein Unternehmen in dieser Untersuchung bis zu einem Alter von zehn Jahren als jung, Maß für die Eigenkapitalausstattung ist die Eigenkapitalquote.

Für die Untersuchung werden Daten zu etwa 6.000 Unternehmen aus dem KfW-Mittelstandspanel herangezogen, das Angaben zur Finanzierungssituation und Innovationstätigkeit von kleinen

und mittleren Unternehmen in Deutschland enthält. Die ökonometrische Analyse berücksichtigt, dass sich Forschungsaktivitäten und Finanzierungsstruktur gegenseitig beeinflussen. Die Wettbe-



wertsintensität des Bankensektors auf Kreisebene und die Bonitätseinstufung der Unternehmen dienen als „Instrumente“, um den Einfluss der Eigenkapitalquote auf die Forschungsaktivitäten zu identifizieren.

Eigenkapitalausstattung beeinflusst Forschungsintensität

Die Studie zeigt, dass eine bessere Eigenkapitalausstattung zu einer höheren Forschungsaktivität bei jungen, nicht aber bei alten Unternehmen führt. Während alte Unternehmen genügend Zeit hatten, über akkumulierte Gewinne ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern, sind junge Unternehmen stärker auf die ursprüngliche Investition ihrer Eigentümer angewiesen. In der Studie wird weiterhin bei den Forschungsaktivitäten

zwischen der Wahrscheinlichkeit, Forschung zu betreiben, und der Forschungsintensität bei forschenden Unternehmen (Forschungsausgaben als Anteil des Umsatzes) unterschieden. Die positive Wirkung von Eigenkapital lässt sich nur für die Höhe der Forschungsintensität finden, während sie auf die Entscheidung, ob Forschungsaktivitäten durchgeführt werden, keinen Einfluss hat.

Dies bedeutet, dass genügend Eigenkapital besonders für junge Unterneh-

men mit hoher Forschungsintensität, wie beispielsweise für junge Hochtechnologieunternehmen, wichtig ist. Der Erfolg dieser Unternehmen hängt von funktionierenden Märkten für externes Eigenkapital ab, da das Privatvermögen der Eigentümer für die Finanzierungsbedürfnisse häufig nicht ausreicht. Junge, forschungsintensive Unternehmen können einen Teil ihres Eigenkapitalbedarfs über Venture-Capital-Finanzierung decken. Der Markt für Venture Capital – insbesondere für Frühphasenfinanzierungen – ist in Deutschland allerdings noch nicht weit entwickelt, weshalb Schwierigkeiten beim Zugang zu Eigenkapital die Innovationsaktivitäten von jungen Unternehmen beschränken können.

Dr. Elisabeth Müller, mueller@zew.de

Dr. Volker Zimmermann,
volker.zimmermann@kfw.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Dienstleister: Hohe Aktivität bei internationalen Geschäftsbeziehungen

Für die Dienstleister der Informationsgesellschaft spielen Geschäftsbeziehungen mit dem Ausland eine wichtige Rolle. So geben etwa zwei Drittel der Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs im zweiten Quartal 2006 an, dass sie Leistungen aus dem Ausland beziehen. Rund drei Viertel der Unternehmen setzen ihre Leistungen im Ausland ab. Zur Unterstützung der Auslandsaktivitäten verwenden die Unternehmen des Wirtschaftszweigs verschiedene Informationstechnologien wie beispielsweise computergestützte Marketings- und Vertriebssysteme oder IT-Systeme, die die Zusammenarbeit mit externen Partnern erleichtern.

Besonders aktiv auf internationalen Märkten ist die Telekommunikationsbranche, in der nahezu alle Unternehmen das Ausland sowohl zum Absatz als auch zum Bezug von Dienstleistungen nutzen. In der Forschungs- und Entwicklungsbranche sind gut neun von zehn Unternehmen auf ausländischen Absatzmärkten vertreten, und mehr als 80 Pro-

zent der Unternehmen dieser Branche beziehen Leistungen aus dem Ausland. Am wenigsten häufig bedienen Unternehmensberatungen sowie EDV-Dienstleister und -Vermieter ausländische Absatzmärkte. Schlusslichter in Sachen Bezug von Leistungen aus dem Ausland bilden Architekten (41 Prozent) und Unternehmensberatungen (52 Prozent).

Dies zeigt eine Umfrage bei rund 800 Unternehmen des Wirtschaftszweigs Dienstleister der Informationsgesellschaft, die das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Juni 2006 durchgeführt hat. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Bera-

tung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Rolle von Informationstechnologien für Auslandsaktivitäten

Die Unternehmen des Wirtschaftszweigs wurden gefragt, wie sie die Rolle moderner Informationstechnologien (IT) zur Unterstützung von Auslandsaktivitäten einschätzen. Computerbasierte Marketing- und Vertriebssysteme gelten bei den Unternehmen als die IT-Lösungen mit der höchsten Wichtigkeit bei der Unterstützung von Auslandsaktivitäten. Ihre Bedeutung schätzen 46 Prozent der Unternehmen als hoch ein. Auf dem zweiten Platz folgen IT-Systeme, die die Zusammenarbeit mit externen Partnern erleichtern. Während bei der reinen Nutzung IT-gestützte Buchhaltung und IT-gestütztes Controlling ganz oben stehen, stufen nur knapp 30 Prozent der Unternehmen ihre Bedeutung für Auslandsaktivitäten als hoch ein.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

ZEW INTERN

Auszeichnung für Bettina Peters

Bettina Peters, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, ist auf der Danish Research Unit for Industrial Dynamics (DRUID) Sommer Conference 2006, die vom 18. bis 20. Juni 2006 in Kopenhagen stattfand, für ihr Papier „Persistence of Innovation – Stylised Facts and Panel Data Evidence“ mit dem DRUID Young Scholar Best Paper Award ausgezeichnet worden. Peters untersucht in ihrem Papier die Dynamik



Bettina Peters

im Innovationsverhalten deutscher Unternehmen von 1994 bis 2002 auf Basis der Daten des Mannheimer Innovationspanels. In der theoretischen Literatur gibt es Erklärungsansätzen, nach denen Innovatoren sehr wahrscheinlich in der Folgezeit erneut Innovationen durchführen. Eine andere Theorie postuliert dagegen, dass Innovatoren zur Sicherung ihrer Innovationserträge zumindest vorübergehend von Innovationen absehen. Das Papier zeigt, dass das Innovationsverhalten von Unternehmen durch eine hohe Persistenz gekennzeichnet ist.

ZEW-KONFERENZ

Weltkonferenz der Umwelt- und Ressourcenökonomien

Die dritte Weltkonferenz der Umwelt- und Ressourcenökonomien fand vom 3. bis zum 7. Juli 2006 in der Kioto International Conference Hall statt, in der 1997 das Kioto-Protokoll verabschiedet wurde. Der Kongress wurde gemeinsam ausgerichtet von der japanischen, der amerikanischen und der europäischen Vereinigung der Umwelt- und Ressourcenökonomien. Aus einer großen Zahl von eingereichten Beiträgen waren rund 680 Vorträge für 193 Sessions ausgewählt worden. Das ZEW war mit acht Beiträgen vertreten (siehe Programm unter www.webmeets.com/ERE/WC3/Prog/).

Prominente Redner im Plenum

Das wissenschaftliche Rahmenprogramm der Tagung bildeten die Auftritte prominenter Redner im Rahmen von Plenarveranstaltungen, zu denen unter anderem Elinor Ostrom von der Indiana University und Geoffrey Heal von der Columbia Business School zählten. Ostrom betrachtete als ein Beispiel für soziale Dilemmata die Nutzung von Common-Pool-Ressourcen. Obwohl die ökonomische Standardtheorie eine Übernutzung dieser Ressourcen prognostiziert, gebe es sowohl Labor- als auch Feldevidenz dafür, dass Individuen häufig in der Lage seien, sich auf ein sozial optimales Nutzungsniveau zu koordinieren.

Heal beschäftigte sich mit der Frage, ob es für Unternehmen Anreize gibt, aus eigenem Interesse und über die staatliche Regulierung hinaus externe Kosten zu internalisieren. Mit dem Konzept der Corporate Social Responsibility erklärte er mit Gewinnmaximierung scheinbar inkonsistentes Verhalten börsennotierter Unternehmen in bestimmten Märkten. Ein weiterer Höhepunkt der Tagung war eine Plenardiskussion zur Zukunft des Kioto-Protokolls, an der unter anderem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz von der Columbia University und Carlo Carraro

von der Universität Venedig und Fondazione Eni Enrico Mattei teilnahmen.

Neben klassischen Themen der Umweltökonomik wie etwa der Diskussion umweltpolitischer Instrumente fanden zahlreiche neuere Themenfelder wie et-

kolls war ein weiterer Schwerpunkt der ZEW-Beiträge. Niels Anger stellte eine partialmarktanalytische Simulationsstudie vor, welche die Kosteneffizienzaspekte einer Vernetzung des EU-Emissionshandelssystems mit zukünftigen



Die Kioto International Conference Hall

Foto: ZEW

wa Eco-Labeling oder Biodiversität Eingang in das Programm. Mit elf Sessions nahmen Arbeiten zur Klimapolitik nach wie vor einen großen Raum ein. Auf diesen Bereich entfielen auch die meisten Vorträge der ZEW-Mitarbeiter.

Beiträge der ZEW-Mitarbeiter

Bodo Sturm präsentierte eine experimentelle Studie zum Einfluss von „Leadership“ auf die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes. Für den Fall von „Leadership“ ist die spieltheoretische Prognose zu verwerfen, nach der der „Leader“ durch geringere Beiträge seinen Gewinn im Vergleich zum simultanen Spiel steigern kann. Die „Leader“ tragen signifikant mehr bei als theoretisch vorhergesagt. Allerdings führt im Experiment das Freifahrerverhalten der „Follower“ dazu, dass auch mit einem „Leader“, der mit „gutem Beispiel“ vorangeht, das soziale Dilemma für die Akteure nicht zu lösen ist.

Die Ausgestaltung der aktuellen Klimapolitik im Rahmen des Kioto-Proto-

Handelssystemen außerhalb Europas betrachtet. Themen weiterer Beiträge von ZEW-Mitarbeitern zur Klimapolitik waren eine partialmarktanalytische Untersuchung der strategischen Optionen für Russland (Ulf Moslener) sowie eine Befragung zur Bedeutung von Gerechtigkeitsaspekten (Andreas Lange in Kooperation mit Carsten Vogt und Andreas Ziegler).

Ein weiterer Schwerpunkt der ZEW-Beiträge lag in der mikroökonomischen Analyse umweltökonomischer Fragestellungen. Andreas Ziegler untersuchte, welche Faktoren bestimmen, ob Unternehmensaktien in Nachhaltigkeitsindizes aufgenommen werden. Für diese Einbeziehung spielen nicht nur die unternehmerische Nachhaltigkeitsperformance selbst, sondern auch spezifische Elemente des Bewertungsprozesses zur Nachhaltigkeit eine Rolle. Die Innovationswirkungen von integrierter Produktpolitik und Umweltmanagementsystemen war Thema des Vortrags von Klaus Rennings.

Dr. Bodo Sturm, sturm@zew.de

ZEW Wirtschaftsforum 2006

Zum ZEW-Wirtschaftsforum 2006 konnte ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz am 23. Juni 2006 rund 200 Teilnehmer in Mannheim begrüßen. Die Veranstaltung bot mit Vorträgen und Diskussionen zu „Europa – orientierungslos?“, Wachstum und Konjunktur sowie Geldpolitik eine breite Themenpalette zu aktuellen Fragestellungen.

Den Auftakt des ZEW Wirtschaftsforums 2006 bildeten mehrere Kurzvorträge mit einer anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Europa – orientierungslos?“. Klaus Regling, Direktor der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission, sprach über den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Solide öffentliche Finanzen seien eine wesentliche Bedingung für nachhaltiges Wachstum. Die Bestimmungen des Pakts verpflichteten die Mitgliedsstaaten daher, ihr Haushaltsdefizit und ihren Schuldenstand dauerhaft unterhalb der Referenzwerte drei Prozent beziehungsweise 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu halten. Die Regeln zur Feststellung eines übermäßigen Defizits und zu seiner Korrektur seien der „korrektive Arm“ des Pakts. Außerdem verlange der Pakt, dass öffentliche Haushalte ausgeglichen sein müssten oder einen Überschuss aufweisen sollten. Zur Überwachung dieser Selbstverpflichtung gebe es das Verfahren zur multilateralen Haushaltsüberwachung, den so genannten präventiven Arm des Pakts.

Der Pakt ist im März 2005 reformiert worden. Die wichtigsten Neuerungen beim korrektiven Arm sind laut Regling die Möglichkeit, bei der Entscheidung über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits wirtschaftliche Umstände stärker zu berücksichtigen, sowie wohlbe-gründet längere Fristen für dessen Korrektur zu setzen. Zu den wichtigsten Neuerungen beim präventiven Arm des Pakts zähle, dass die mittelfristigen Haushaltsziele nunmehr länderspezifisch festgelegt werden, und dass nun klare Bestimmungen für die Anpassung

an das mittelfristige Haushaltsziel eingeführt worden seien. Die Erfahrungen mit dem veränderten Pakt gut ein Jahr nach seiner Reform seien im korrektiven Teil sehr gut, im präventiven Teil hingegen gemischt.

Europäische Verfassung

Erwin Teufel, Ministerpräsident a.D. von Baden-Württemberg, bejahte in seinem Vortrag „Europa ohne Verfassung – brauchen wir einen neuen Anlauf?“ diese Frage. Die Zustimmung zu Europa habe in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern der EU abgenommen. Die Ursache für die fehlende Akzeptanz

ken sei hier in erster Linie an Felder wie Sicherheits-, Außen- oder grenzüberschreitende Umweltpolitik.

Erweiterung der EU und soziale Sicherungssysteme

Professor Axel Börsch-Supan, Ph.D., Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demographischer Wandel (MEA), beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit die Erweiterung der EU eine Zerreißprobe für die Systeme der sozialen Sicherung darstellt. Globalisierung und europäische Integration setzen häufig die Systeme der sozialen Sicherung und das Gesundheitswesen unter



Die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion von links: Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D., Erwin Teufel, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Klaus Regling

Foto: R. Neubecker

sah Teufel in der Tatsache, dass die Bürger Europa vor allem als fernes und bürokratisches Gebilde wahrnahmen. Gleichzeitig fühlten sie sich zunehmend durch europäische Maßnahmen betroffen, und dies führe zu Unmut. Deshalb brauche Europa eine Verfassung, die die Zuständigkeiten der EU klar regele.

Richtschnur für die Entscheidung, welche Politikbereiche auf EU-Ebene angesiedelt werden sollen, muss nach Teufels Auffassung das Subsidiaritätsprinzip sein. Das heißt nur die Kompetenzen, die über die Kraft der kleineren Einheiten (also der Kommunen, Länder und Mitgliedsstaaten) hinausgehen, sollten auf EU-Ebene angesiedelt werden. Zu den-

Druck. Laut Börsch-Supan ist Deutschland einer der Hauptprofiteure der Globalisierung. Solange in Deutschland die Sozialsysteme nicht über Steuern finanziert würden, bestehe allerdings die Gefahr, dass die Globalisierung zur Unterhöhlung der Sozialsysteme führe, denn der Druck der auf den Löhnen lastenden hohen Sozialabgaben schränke die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ein.

Börsch-Supan plädierte für eine Anpassung des Rentenniveaus an die Zahlungsfähigkeit eines Landes und für eine Anhebung des Renteneintrittsalters. Da die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen sei, sei es notwendig, die Dauer der Er-

ZEW-WIRTSCHAFTSFORUM

werbstätigkeit zu verlängern, damit die Proportionen innerhalb einer Lebensspanne gewahrt blieben.

Das Gesundheitswesen in den europäischen Ländern sei insgesamt hervorragend, konstatierte Börsch-Supan. Das Hauptproblem sei die Finanzierung



Dr. Ulrich Kater

durch Zwangsabgaben. Dadurch gerieten die Lohnnebenkosten unter Druck, und dies bremse die Dynamik und das Wachstum des Gesundheitssektors. Nur durch mehr Wettbewerb unter allen Beteiligten am Gesundheitswesen sei es möglich, dieses zu sanieren.

Konjunktur 2006/2007: zwischen Euphorie und Realität

Im Wachstums- und Konjunkturforum stellte zunächst Dr. Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank, Fakten und Einschätzungen zur konjunkturellen Entwicklung in Deutschland vor. In Deutschland schwanke die Konjunktur mittlerweile kaum noch. Grund sei vor allem, dass der Dienstleistungssektor immer größeres Gewicht habe, die konjunkturellen Schwankungen aber vor allem im verarbeitenden Gewerbe verursacht würden. Auch sei die wirtschaftliche Integration stärker als früher, und die Geld- und Finanzpolitik griffen nicht mehr so aktiv ins wirtschaftliche Geschehen ein.

Derzeit gebe es noch keinen breiten wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Der Export entwickle sich aber weiter gut, und die DekaBank sei auch für die weitere Exportentwicklung optimistisch. Allerdings sei die Konsumbereitschaft der Deutschen niedrig, auch wenn eine gewisse binnenwirtschaftliche Komponente beim derzeitigen Aufschwung auszumachen sei. Sie bestünde aber überwiegend aus Vorzieheffekten angesichts der Anhebung der Mehrwertsteuer ab 2007. Für 2006 prognostiziere die DekaBank eine Wachstumsrate von 1,7 Prozent, für 2007 eine Rate von lediglich 0,6 Prozent.

Zur Frage, wie wettbewerbsfähig Deutschland sei, sagte Kater, dass die Lohnstückkosten in Deutschland nicht so stark wie in anderen europäischen Ländern gestiegen seien. Deutschland sei und bleibe ein Hochlohnland, allerdings seien die Löhne nicht generell zu hoch, sondern nur in einzelnen Segmenten. Daher sei in seinen Augen die Debatte um Lohnzurückhaltung nicht das eigentlich wichtige Thema, sondern vielmehr die Frage der Lohnspreizung.

Aussagekraft von Prognosen

Wie gut sind mittelfristige gesamtwirtschaftliche Prognosen? Damit befasste sich der Vortrag von Dr. Michael Schröder, ZEW, im Rahmen des Wachstums- und Konjunkturforums. Im Rahmen eines vom Bundeswirtschaftsministerium finanzierten Projekts wurden Prognosen des BIP für Deutschland, die USA und das Vereinigte Königreich untersucht. Mittelfristige Prognosen beziehen sich in der Regel auf die nächsten drei bis fünf Jahre und haben damit einen deutlich weiteren Prognosehorizont als die in der Öffentlichkeit bekannten Konjunkturprognosen. Typischerweise werden solche Prognosen fast ausschließ-

lich von Regierungsstellen oder regierungsnahen Institutionen erstellt.

Die Untersuchung der Prognosegüte ergab zwar recht große Fehler und längere Phasen von Unter- oder Überschätzung. Die Prognosen waren jedoch in der Regel besser als so genannte „naive Prognosen“, die nur die Entwicklung der Vergangenheit in die Zukunft fortschreiben. Es zeigt sich allerdings, dass die Prognostiker nicht alle bekannten Informationen einbezogen haben. Hier sollte angesetzt werden, um die bestehenden Modelle und Verfahren zu verbessern.

Demographische Herausforderungen an Personalpolitik

Anschließend präsentierten ZEW-Mitarbeiter aktuelle Forschungsergebnisse. Anja Kuckulenz stellte eine Studie im Auftrag von Roche Diagnostics zu den demographischen Herausforderungen an die Personalpolitik des Unternehmens vor. Die Pharma-Branche, so zeige die Untersuchung, sei durch den großen Ersatzbedarf an Hochqualifizierten dem demographischen Wandel stärker ausgesetzt als die übrige Industrie. Zusätzlich sei der Arbeitsmarkt für die relevanten Fächer weitgehend geräumt. Pharmaunternehmen müssten daher insbesondere Strategien zur Rekrutierung von Hochqualifizierten und zur Beschäftigung älterer Mitarbeiter entwickeln.

Vermögen privater Haushalte

Dr. Peter Westerheide stellte ausgewählte Ergebnisse eines Forschungsprojekts zu den Vermögen der privaten Haushalte in Baden-Württemberg vor. So verfügten die baden-württembergischen Haushalte über überdurchschnittlich hohe Vermögen, die gleichmäßiger als in anderen westdeutschen Flächenländern verteilt seien. Die länderspezifischen Unterschiede in der Vermögensbildung ließen sich nicht ausschließlich durch Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur erklären. Es verbleibe ein signifikanter länderspezifischer Faktor, der auf unterschiedliche Sparneigungen der Haushalte hindeutet.

ZEW-WIRTSCHAFTSFORUM

Deutsche Hightech-Gründungen

Dr. Georg Licht präsentierte eine Studie zu Hightech-Unternehmensgründungen, die das ZEW im Auftrag des Wirtschaftsmagazins *impulse* und Microsoft Deutschland durchgeführt hat (siehe Seite 1). Die Gründungstätigkeit im Hightech-Segment der Industrie ist seit mehr als zehn Jahren rückläufig. Etwas positiver verläuft die Entwicklung bei Hightech-Dienstleistungen, allerdings geht auch hier die Gründungstätigkeit zurück.

Licht legte dar, dass sich junge Hightech-Unternehmen zwei zentralen Problemen gegenüber sehen. Erstens müsse die Finanzierung der Anlaufverluste gemeistert werden, zweitens müssten die bei den Gründern in der Regel vorhandenen technologischen Fähigkeiten um Managementkompetenzen ergänzt werden. Diese verschiedenen Herausforderungen meisterten Gründungsteams im Vergleich zu nur einem Gründer besser. Entsprechend entwickelten sich Teamgründungen besser als Einzelgründungen.

Aktuelle Fragen der Geldpolitik

Den Abschluss des ZEW-Wirtschaftsforums bildete ein Vortrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Axel A. Weber, zum Thema „Aktuelle Fragen der Geldpolitik“. Weber betonte, dass die europäische Währungsunion eine Erfolgsgeschichte sei. Der Euro sei stabil, die gemeinsame Währung habe den innereuropäischen Handel gestärkt und die Integration der Finanzmärkte in Europa befördert.

Mit der dritten Stufe der Währungsunion sei die Verantwortung für die Geld- und Währungspolitik von der nationalen an die europäische Ebene übergeben worden. Damit fehle den Mitgliedsstaaten nun ein wichtiges Instrument zur Anpassung ihrer Volkswirtschaften an länderspezifische Entwicklungen. Gleichzeitig sei die Fiskalpolitik in nationaler Autonomie verblieben, sodass den einzelnen Staaten im Falle asymmetrischer wirtschaftlicher Schocks ein Anpassungsmechanismus zur Verfügung stehe. Um die Stabilität der gemeinsamen

Währung zu schützen, sei jedoch eine institutionelle Begrenzung der mitgliedstaatlichen Verschuldung unumgänglich gewesen. Deshalb sei es notwendig und richtig gewesen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu beschließen.

Weber bezeichnete das schwache Potenzialwachstum und die anhaltend hohe strukturelle Arbeitslosigkeit als die großen Herausforderungen der deutschen Volkswirtschaft. Beide Probleme seien hausgemacht und resultierten nicht aus der Globalisierung. Im Gegenteil sei die außenwirtschaftliche Entwicklung lange das einzige belebende Element für die deutsche Wirtschaft gewesen.

Mittlerweile hätten sich allerdings die Ausgangsbedingungen im Unterneh-

union zu einem Realzinsnachteil gegenüber Mitgliedsländern mit höheren Inflationsraten. Da Realzinsen eine wesentliche Triebfeder der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seien, führe dies angeblich zu einer „Bestrafung“ Deutschlands in Form niedrigeren Wachstums. Das Realzinsargument ist nach Meinung Webers nicht stichhaltig, denn der Realzinsnachteil sei bei genauer Betrachtung quantitativ nicht sehr wichtig. Außerdem gebe es eine Reihe gegenläufiger Effekte zum Realzinseffekt, etwa den realen Wechselkurseffekt.

Außerdem müssten der Theorie zufolge dauerhafte Realzinsdifferenzen im Euroraum zu zunehmenden Divergenzen der Inflationsraten und der Wachstums-



Die Geschäftsführung des ZEW mit Prof. Dr. Axel A. Weber (Mitte).

menssektor verbessert. Hiervon profitieren über die Investitionsnachfrage zunehmend auch die Binnenwirtschaft. Alles in allem werde nach Einschätzung der Bundesbank die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit 1 1/2 Prozent wachsen. Schwachpunkt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bleibe der private Konsum. Dämpfend wirke hier die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer. Dies werde die Zuwachsraten im Jahr 2007 auf rund 1 Prozent drücken.

Realzinsargument

Immer wieder, so Weber, werde die Wachstumsschwäche in Deutschland auf die Rahmenbedingungen der Währungsunion zurückgeführt. Den Kern dieser Argumentation bilde das Realzinsargument. Demnach führe die relative Preisstabilität Deutschlands in der Währungs-

union zu einem Realzinsnachteil gegenüber Mitgliedsländern mit höheren Inflationsraten. Tatsächlich zeigten die Streuungsmaße der realwirtschaftlichen Indikatoren aber keine zunehmende Heterogenität seit Beginn der dritten Stufe der Währungsunion. Im Gegenteil, die Wachstumsraten des BIP in den Mitgliedsstaaten des Euroraums wiesen mittlerweile eine geringere Streuung auf als zum Start der Währungsunion.

Hauptkomponente der Unterschiede in den Wachstumsraten der Länder des Euroraums seien damit Unterschiede im Trendwachstum. Diese ließen sich auf Unterschiede in der demographischen Entwicklung, im Stand der Umsetzung von Strukturreformen und im Grad der Flexibilisierung der Güter- und Arbeitsmärkte zurückführen. Hier lägen auch die eigentlichen Gründe der deutschen Wachstumsschwäche.

Katrin Voß, voss@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 18./19.9.2006 Der sichere Auftritt – Grundlagen für die professionelle Gestaltung von Präsentationen
- 26./27.9.2006 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte – Unterschiedlichen Kommunikationssituationen gerecht werden
- 25.10.2006 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- 26.10.2006 Financial Instruments nach IFRS in der Praxis (IAS 32, 39 und IFRS 7) (in Zusammenarbeit mit Ernst&Young)

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de → Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

Zürcher ZEW Qualifikationsprogramm

Erstmals finden besonders erfolgreiche Expertenseminare des ZEW auch im Ausland statt. So wird ab September 2006 die Seminarreihe zur Finanzmarkt-Ökonometrie am Finanzplatz Zürich angeboten. Das „Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm“ vermittelt methodische Kompetenzen und besteht aus den Modulen „Basistechniken Finanzmarktökonomie“ und „Modellierung von Zinsen und Aktienkursen“.

Ansprechpartnerin: Katrin Stratmann, stratmann@zew.de

- 25.09.2006 Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 26.09.2006 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 26.03.2007 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I – Vektor-Autoregressive Modelle
- 27.03.2007 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II – Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration
- 28.03.2007 Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III – Erstellung von Prognosemodellen

Seminarprogramm 2006/2007 erschienen

Das neue Seminarprogramm des ZEW ist erschienen. Das Forschungsinstitut bietet von September 2006 bis Juni 2007 eine Reihe von Expertenseminaren zu den folgenden Themengebieten an:

- Methodenkompetenz,
- Ökonometrie,
- Finanzmarktanalyse und -management,
- Unternehmensführung und Organisation,
- Steuern, Rechnungswesen und Öffentliche Finanzwirtschaft,
- ZEW-Expertenseminare im Ausland.

Das Seminarprogramm im Internet:

<ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>

Allgemeine Informationen zu den ZEW-Expertenseminaren und Möglichkeit zur Anmeldung im Internet:

www.zew.de/de/expertenseminare/expertenseminare.php

Ansprechpartner:

Katrin Stratmann, stratmann@zew.de
Thomas Kohl, kohl@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 06-039, Bernd Fitzenberger, Aderonke Osikumino, Robert Völter: Get Training or Wait? Long-Run Employment Effects of Training Programs for the Unemployed in West Germany.

No. 06-040, Jazmin Seijas Nogareda, Andreas Ziegler: Green Management and Green Technology – Exploring the Causal Relationship.

No. 06-041, Andreas Ziegler, Michael Schröder: What Determines the Inclusion in a Sustainability Stock Index? A Panel Data Analysis for European Companies.

No. 06-042, Andreas Lange, Carsten Vogt, Andreas Ziegler: On the Importance of Equity in International Climate Policy: An Empirical Analysis.

No. 06-043, Andreas Schrimpf, Michael Schröder, Richard Stehle: Evalua-

ting Conditional Asset Pricing Models for the German Stock Market.

No. 06-044, Bernd Fitzenberger, Karsten Kohn: Skill Wage Premia, Employment, and Cohort Effects: Are Workers in Germany All of the Same Type?

No. 06-045, Helmut Fryges: Hidden Champions – How Young and Small Technology-Oriented Firms Can Attain High Export-Sales Ratios.

No. 06-046, Katrin Ullrich: Market Discipline and the Use of Government Bonds as Collateral in the EU.

No. 06-047, Reinhard Hujer, Stephan Lothar Thomsen: How Do Employment Effects of Job Creation Schemes Differ with Respect to the Foregoing Unemployment Duration?

No. 06-048, Tobias Schmidt: An Empirical Analysis of the Effects of Patents

and Secrecy on Knowledge Spillovers.

No. 06-049, Katrin Ullrich: The Impact of Country-Specific Economic Developments on ECB Decisions.

No. 06-050, Sebastian Hauptmeier, Martin Heipertz, Ludger Schuknecht: Expenditure Reform in Industrialised Countries: A Case Study Approach.

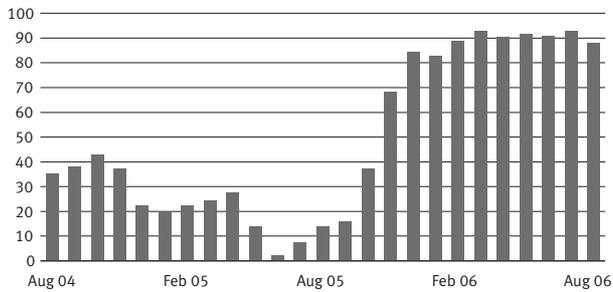
No. 06-051, Ulrich Oberndorfer, Klaus Rennings: The Impacts of the European Union Emissions Trading Scheme on Competitiveness in Europe.

No. 06-052, Ulrich Oberndorfer, Viktor Steiner: Generationen- oder Parteienkonflikt? Eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben.

No. 06-053, Miriam Beblo, Stefan Bender, Elke Wolf: The Wage Effects of Entering Motherhood – A Within-firm Matching Approach.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im August 2006



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB fährt akkomodierende Haltung zurück

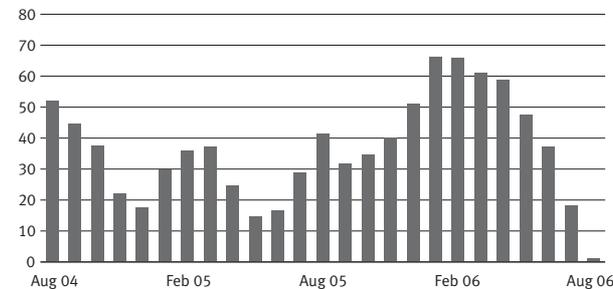
Die EZB hat die Leitzinsen für den Euroraum Anfang August erneut um 0,25 Prozentpunkte angehoben, sodass sie nun bei 3 Prozent liegen. Als Folge senken die Finanzmarktexperten ihre Zinserhöhungserwartungen um 4,6 auf 88,2 Punkte. Laut EZB bleiben das Geld- und Kreditmengenwachstum kräftig. Zudem steigen durch den Druck, der von den hohen Energiepreisen auf die Lohnentwicklung ausgeht, die Gefahren für die Preisstabilität. Dies macht ein weiteres Zurückfahren der noch akkomodierenden Geldpolitik wahrscheinlich.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Konjunkturerwartungen im Euroraum gehen zurück

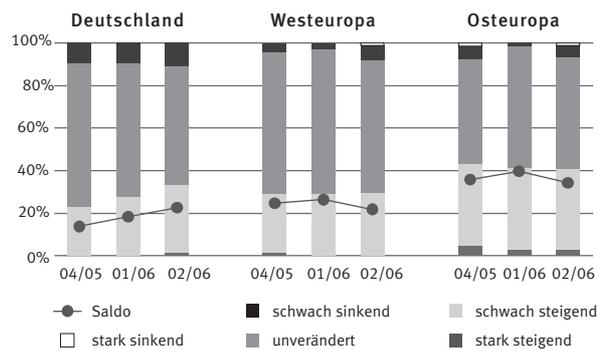
Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im August erneut deutlich gefallen. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten sinkt um 16,8 auf 1,3 Punkte. Risiken für die Konjunktur bestehen vor allem darin, dass sich die US-amerikanische Nachfrage nach Exportgütern der Eurozone abschwächen könnte. Zudem dürfte das erwartete Nachlassen der deutschen Konsumnachfrage im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung 2007 die konjunkturelle Entwicklung der Eurozone beeinträchtigen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

TransportmarktBarometer: Wenig Dynamik im Schienengüterverkehr

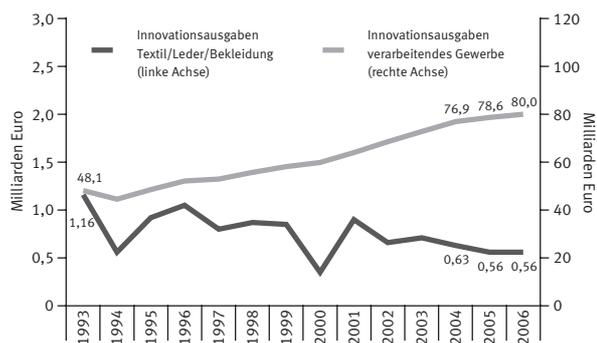


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW schätzen die Perspektiven für die Mengenentwicklungen im Schienengüterverkehr derzeit als wenig dynamisch ein. Für den Binnen- und Westeuropaverkehr geht die Mehrheit der Experten von unveränderten Transportmengen aus. Allerdings erwartet rund ein Drittel der Befragten steigende Transportaufkommen für diese Relationen, während nur etwa 10 Prozent der Experten mit sinkenden Transportmengen rechnen. Richtung Osteuropa fallen die Erwartungen der befragten Experten etwas positiver aus. Hier rechnen rund 40 Prozent der Experten mit steigenden Transportmengen.

Victoria Alexeeva-Talebi, alexeeva-talebi@zew.de

Textil-, Bekleidungs- und Lederwarenindustrie: Innovationsausgaben rückläufig



Quelle: ZEW

Die Innovationsausgaben der Unternehmen in der Textil-, Bekleidungs- und Lederwarenindustrie sind im Jahr 2004 leicht auf 630 Millionen Euro zurückgegangen. Damit liegen sie um fast 300 Millionen Euro unter den Innovationsaufwendungen des Jahres 2001. Für die Jahre 2005 und 2006 prognostizieren die Unternehmen der Branche einen weiteren Rückgang der Ausgaben für innovative Tätigkeiten. Dadurch wird die Textil-, Bekleidungs- und Lederwarenindustrie auch in den kommenden Jahren nicht dem positiven Trend in den Innovationsaufwendungen folgen, der sich für das verarbeitende Gewerbe zeigt.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Kostenvorteile

In Pressemeldungen wurde der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und stellvertretende CDU-Vorsitzende, Dr. Jürgen Rüttgers, wie folgt zitiert: Die Auffassung, dass Steuersenkungen mehr Investitionen und Arbeitsplätze nach sich zögen, sei falsch. Gleiches gelte für die Behauptung, dass die Löhne in Deutschland zu hoch seien. Allerdings äußerte sich Rüttgers in den Wortinterviews differenzierter – er warnte vor Automatismen beziehungsweise Verallgemeinerungen, sprach allerdings von „Lebenslügen“. Gleichwohl wurden seine Ausführungen von den diesbezüglichen „üblichen Verdächtigen“ – Sie ahnen vielleicht, wen ich speziell meine – als Beleg für ihre Attacke auf „neoliberales“ Gedankengut behände aufgegriffen. Daher scheint eine allgemeine Klarstellung geboten.

Im Hinblick auf die Unternehmenssteuerbelastung ist Deutschland nach wie vor ein Hochsteuerland. Dies belegen Berechnungen des ZEW und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage eines internationalen Vergleichs der effektiven Steuerbelastung der Unternehmen. Warum wohl investieren hiesige Unternehmen scharenweise im steuergünstigen Ausland und schaffen dort und weniger hierzulande Arbeitsplätze? Weil die Steuerbelastung und die Lohnkosten bei uns so niedrig sind?

Selbstverständlich bestimmen auch andere, zumindest ebenso wichtige Motive den Umfang solcher Direktinvestitionen im Ausland, wie beispielsweise Markterschließung, Kundenservice etc. Gleichwohl stellt der Kostenvorteil des Auslands einen wesentlichen Bestimmungsgrund für diese Aktivitäten dar, nicht von ungefähr werben diese Länder eben damit. Die Bundesregierung hat den prinzipiellen Handlungsbedarf erkannt und möchte mit einer Steuerreform die Standortattraktivität Deutschlands verbessern, selbst wenn die bisher bekannt gewordenen Vorhaben nicht recht zu überzeugen vermögen.

Was die Lohnkosten anbelangt, so lässt sich für die vergangenen Jahre alles in allem eine moderate Entwicklung konstatieren, allerdings ausgehend von einem hohen Niveau. Es ist je nach Gemütslage belustigend oder unverfroren, wie mit einem geschickt gewählten Basisjahr als Ausgangspunkt die hiesigen Lohnkosten als Standortnachteil klein geschrieben, mitunter sogar als Standortvorteil gepriesen werden. Gerne bedienen sich einschlägige Publikationen der Lohnstückkosten, also der Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität, wobei nahezu regelmäßig unterschlagen wird, dass die hiesige Arbeitsproduktivität auf Grund von Entlassungen überzeichnet und die Lohnstückkosten daher zu niedrig ausgewiesen werden. Schnell ist man hingegen bei der Hand, solche Argumente unter Hinweis auf die Entlassungsproduktivität als dem „Unwort des Jahres“ zu diskreditieren.

Kaum jemand behauptet, Lohnsenkungen würden in jeder Situation und in jedem Unternehmen sofort neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist genauso abwegig wie das Gegenteil. Einer wirklich rezessiven Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist mit allgemeinen Lohnsenkungen kaum beizukommen. Aber eine solche Situation liegt und lag in den vergangenen Jahren hierzulande überhaupt nicht vor, sondern in erster Linie sind es Störungen auf der Angebotsseite, die hauptsächlich die Probleme verursachen. Einzelwirtschaftlich mögen einer Arbeitsplatzschaffung mit Hilfe von Lohnkostenvorteilen zudem dann Grenzen gesetzt sein, wenn die Produktion sehr kapitalintensiv ist, in der kurzen Frist jedenfalls. Langfristig dürften jedoch niedrigere Lohnkosten zu einer geringeren Kapitalintensität beitragen, etwa in neu gegründeten Unternehmen. Des Weiteren ist schließlich etwas Geduld vonnöten, bis sich die Früchte einer moderaten Lohnpolitik in Arbeitsplatzgewinnen niederschlagen. Dies zeigen internationale Erfahrungen, beispielsweise in den Niederlanden, dem Nachbarland und Wettbewerber Nordrhein-Westfalens.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006